



Rudolf  
Ramsauer,  
Direktor

Wie die innere und äussere Sicherheit, die Sozialversicherungen, die Bildung und die Grundlagenforschung, so ist auch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ein öffentliches Gut und zählt zu den zentralen Staatsaufgaben. Dazu gehört neben Strasse und Schiene auch der Luftverkehr – ganz besonders für ein Land, das weltoffen ist und die Hälfte seines

**Luftverkehrs-Infrastruktur muss aufrechterhalten bleiben!**

Einkommens mit dem Ausland erwirtschaftet. Staatliches Eingreifen zur Aufrechterhaltung einer Infrastruktur für den Flugbetrieb ist sicher kein ordnungspolitischer Sündenfall, schon gar nicht in einer absoluten Ausnahme-situation. Die Funktionsfähigkeit der Flughafen- und der technischen Infrastrukturen ist aber aufs Engste mit der eigenen Airline verbunden. Angesichts der Notlage ist die einmalige staatliche Unterstützung zur Rettung der Fluggesellschaft gerechtfertigt. Entscheidend ist hier, dass der Staat Minderheitsaktionär bleibt und seine Investition mit der Zeit abbauen und veräussern kann. Die neue Airline und die flughnahen Betriebe müssen dann auf eigenen Beinen stehen.

@ rudolf.ramsauer@economieuisse.ch

## Elektrizitätsmarkt – ist die Schweiz auf dem richtigen Weg?

**Während die Liberalisierung der Elektrizitätsmärkte in der EU fortschreitet und allmählich Früchte trägt, zögern in der Schweiz politische und wirtschaftliche Kreise immer noch, wenn es darum geht, unseren Markt der Konkurrenz zu öffnen. Das letzte Element der Gesetzgebung – die Verordnung – ist zurzeit Gegenstand interner Beratungen.**

Die zunehmende Liberalisierung der Elektrizitätsmärkte in der Europäischen Union trägt allmählich Früchte. Es ist nun möglich, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen. Beispielsweise in Deutschland sind die erzielten Resultate rund drei Jahre nach der völligen Liberalisierung des Marktes mehr als vielversprechend. In den Unternehmen sind die Stromkosten um über 25 Prozent gesunken, was für grosse Stromverbraucher einen Rückgang der gesamten Produktionskosten von über zehn Prozent bedeutet.

### Tiefere Stromrechnungen

Im Jahr 2000 sank die Stromrechnung Deutschlands insgesamt um rund 15 Mrd. Mark (vier Milliarden zugunsten der Haushalte und elf zugunsten der Wirtschaft). Auf makroökonomischer Ebene führten die

direkten und indirekten Auswirkungen der Preissenkungen zu einer Zunahme des BIP von 0,14 Prozent pro Jahr (ein Prozent zusätzliches Wachstum über sechs Jahre). Auch der Arbeitsmarkt weist eine positive Bilanz auf. Die vom neuen Markt geschaffenen Arbeitsplätze machten die Stellen, die von den Elektrizitätsunternehmen im Zuge der Rationalisierung abgebaut wurden, längstens wieder wett.

### Rolle der Verordnung

In der Schweiz beschloss das Parlament bereits im Dezember 2000, den Elektrizitätsmarkt zu liberalisieren, indem es die entsprechende Gesetzesvorlage mit klarer Mehrheit verabschiedete. Aber es ist die Verordnung, welche die grundlegende Voraussetzung für eine Öffnung des Marktes bildet. Es ist die Verordnung, welche die Bedingungen für die Nutzung der Einrichtungen und für die Stromversorgung festlegt und den Strompreis entscheidend und nachhaltig beeinflusst. Es ist somit auch die Verordnung, welche die betroffenen Akteure schliesslich dazu motiviert oder davon abhält, sich im Hinblick auf die Volksabstimmung im Jahr 2002 in einer Kampagne zu engagieren. – Die Prüfung der

Verordnungsvorlage findet in einem schwierigen Umfeld statt. Aus verschiedenen Gründen müssen Liberalisierungsprojekte gegen starke Gegenströmungen ankämpfen. Das ist eine Tatsache, mit der man sich abfinden muss. Aber das soll uns nicht von unserem Hauptziel abbringen, das darin besteht, zu einer erhöhten Aktivität und einer verbesser-



Florent Roduit,  
Mitglied der  
Geschäftsleitung

ten Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beizutragen. In dieser Hinsicht bleibt die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes ein wichtiges Instrument.

### Vorgehen

Die Ergebnisse der Umfrage bei unseren Mitgliedern werden uns zeigen, ob der Bund den richtigen Weg eingeschlagen hat, was die Verordnung angeht. Wenn der gewählte Weg nicht die Zustimmung unserer Mitglieder findet, müssen wir für die schnelle Umsetzung einer fortschrittlichen alternativen Lösung sorgen.

@ florent.rodut@economieuisse.ch

### Schwerpunktthema

Mediation. Diese aussergerichtliche Konfliktbeilegung mit Hilfe eines Mediators findet auch in der Wirtschaft immer grössere Verbreitung. Seite 2 ▶

### Präsidentenwechsel

Der Vorstands-ausschuss von economieuisse hat einstimmig dem Vorstand Ueli Forster zum Nachfolger von Andres F. Leuenberger vorgeschlagen. Seite 2 ▶

### GSoA-Initiativen

Unrealistisch und quer in der Landschaft stehen die beiden sicherheitspolitischen Initiativen der GSoA. Beide Initiativen sind abzulehnen. Seite 3 ▶

### Postliberalisierung

Überraschende Einigung zur Öffnung der Postmärkte in der EU. Mit einer vollständigen Liberalisierung ist jedoch vorerst nicht zu rechnen. Seite 4 ▶

# Konfliktbeilegung durch Mediation

**Partnerschaftliche Konfliktbeilegung auf aussergerichtlicher, freiwilliger Basis mit der Hilfe eines Mediators: Dieses Vorgehen bewährt sich auch in der Wirtschaft und findet immer grössere Verbreitung.**

Mediation ist ein Zeit und Kosten sparendes Verfahren, das eine Berücksichtigung der eigenen Standpunkte, Interessen und Ziele erlaubt und die Grundlage für eine Weiterführung der geschäftlichen oder privaten Beziehung schafft. Die Parteien bestimmen selbst über den Verlauf, den Inhalt und die Ergebnisse des Mediationsprozesses. An die Stelle einer vergangenheitsbezogenen Beurteilung eines abgeschlossenen Sachverhaltes tritt das Auffinden von einvernehmlichen, kreativen, zukunftsorientierten Regelungen, die von allen Parteien getragen werden.

## Wo eignet sich Mediation?

Geeignet ist Mediation dann, wenn die Parteien an einem raschen und kostengünstigen Verfahren ohne Formalismen interessiert sind und Wert legen auf eine Weiterführung ihrer geschäftlichen oder privaten Beziehung, so z.B. bei Auseinandersetzungen zwischen Unter-

nehmen, öffentlichen Verwaltungen und Wirtschaftsverbänden sowie bei innerbetrieblichen Konflikten zwischen Mitarbeitern, Teams, Abteilungen und zwischen Unternehmensleitung und Mitarbeitern bzw. deren Interessenvertretern.

## Mediatorin/Mediator

Mediatorinnen und Mediatoren sind neutrale, unabhängige Vermittler, die unvoreingenommen sind in Bezug auf Personen, Sachverhalte und Lösungen und den Streit weder werten noch beurteilen. Sie sind Vertrauenspersonen, denen die Parteien Neutralität und Kompetenz zutrauen.

## Beispiel aus der Praxis

Im Rahmen einer Umorganisation in einem Dienstleistungsunternehmen brach der schwelende Konflikt zwischen dem Abteilungsleiter und Geschäftsleitungsmitglied A, der sowohl innerhalb wie auch ausserhalb des Unternehmens sehr angesehen war, und einem Teil der übrigen Geschäftsleitungsmitglieder offen aus. Deshalb konnte innerhalb der Geschäftsleitung kein Konsens über die zu treffenden organisatorischen Massnahmen gefunden werden. Während einer längeren Abwesenheit von A wurde von einer Mehrheit der übrigen Geschäftsleitungsmit-

glieder eine Neuorganisation in Kraft gesetzt, die zur Auflösung der von A geleiteten Abteilung führte. A wurden andere Aufgaben zugewiesen. Dieses Vorgehen führte zu Spannungen innerhalb der Geschäftsleitung, da eine Minderheit mit dieser Vorgehensweise nicht einverstanden war und sich mit A solidarisierte. Nach seiner Rückkehr weigerte sich A, die für ihn neu geschaffene Funktion auszuüben, war aber auch nicht zu einer Kündigung des Arbeitsverhältnisses bereit.

Im Verlaufe des Mediationsverfahrens konnte das gegenseitige Vertrauen und die Gesprächsbereitschaft zwischen den Konfliktparteien wieder hergestellt werden. Dadurch wurde es nicht nur möglich, sowohl eine Gesichtswahrende, für beide Seiten befriedigende Lösung zwischen A und der Geschäftsleitung zu finden und das gestörte Verhältnis zwischen den einzelnen Gruppierungen innerhalb der Geschäftsleitung zu verbessern, sondern auch durch Erarbeiten von neuen «Spielregeln» die Zusammenarbeit innerhalb der Geschäftsleitung auf eine bessere Grundlage zu stellen.

 [www.ifm-suisse.ch](http://www.ifm-suisse.ch)  
[www.mediationskammer.ch](http://www.mediationskammer.ch)

## WTO-Ministerkonferenz: neue Welthandelsrunde

Derzeit ist in Doha, Katar, die 4. WTO-Ministerkonferenz im Gange, die zum Ziel hat, eine neue Welthandelsrunde zu lancieren. *economiesuisse* hat sich an einer Medienkonferenz vom 6. November 2001 dazu geäussert. Die entsprechenden Unterlagen sind auf der Homepage von *economiesuisse* abrufbar. Nach Abschluss der Konferenz werden wir im nächsten Newsletter eine Würdigung der Ergebnisse vornehmen.

 [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)

## Tagung

### «Globalisierung: Chancen und Gefahren»

**ICC-Symposium, 20. November 2001, Kongresszentrum Messe Basel**

Reiz- oder Zauberwort: Die Globalisierung weckt Hoffnungen oder Ängste. Das diesjährige ICC-Symposium in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Universität Basel und namhaften Referenten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft schafft Transparenz.

## Referenten:

Prof. Dr. Silvio Borner, Universität Basel, Wirtschaftswissenschaftliches Zentrum;

Gerold Bühner, Nationalrat, Präsident FDP Schweiz;

Klaus Durrer, Head Group, Research UBS AG;

Dr. Carol Franklin, Geschäftsführerin, WWF Schweiz;

Dr. Richard Gerster, selbständiger Berater und Publizist;

Beat Kappeler, Journalist Weltwoche;

Dr. Rolf Walter Schweizer, VR-Präsident Clariant

## Moderation:

Médard Meier, Chefredaktor Bilanz

 [www.icc-switzerland.ch](http://www.icc-switzerland.ch)

## Präsidentenwechsel bei *economiesuisse*

**Der Vorstandsausschuss hat an seiner Sitzung vom 29. Oktober einstimmig beschlossen, Ueli Forster zur Nachfolge von Dr. Andres F. Leuenberger vorzuschlagen. Die Wahl des neuen Präsidenten durch den Vorstand wird am 26. November 2001 erfolgen.**

Ueli Forster trat nach Abschluss des Ökonomiestudiums in St.Gallen 1963 in die Forster Willi & Co. AG, ein Familienunternehmen der Textilbranche, ein. Dessen Verwaltungsrat präsidiert er seit 1971. 1992 fusionierte die Firma zur Forster Rohner AG. Das Unternehmen



Ueli Forster, designierter Präsident von *economiesuisse*

hat rund 260 Beschäftigte in der Schweiz und 200 im Ausland (Österreich, Spanien, China). Forster hat verschiedene VR-Mandate im Textilbereich und ist Vizepräsident des Verwaltungsrates der Helvetia Pat-

ria Holding. Seit Beginn seiner unternehmerischen Tätigkeit hat sich Forster in der regionalen und nationalen Wirtschaftspolitik aktiv engagiert. Unter anderem präsidierte er während mehrerer Jahre den Handels- und Industrieverein St.Gallen, die Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell und Branchenverbände der Textilwirtschaft. 1991 wurde Ueli Forster in die Schweizerische Handelskammer und in den Vorstand des damaligen Vororts gewählt. Seit der Zusammenlegung von Vorort und wf ist Ueli Forster Vizepräsident von *economiesuisse*.

# Stopp einem weiteren Anwachsen der Bundesschuld!

**Die fehlende finanzpolitische Disziplin hat in den 80er Jahren den Grundstein für die Defizite in den 90er Jahren gelegt. Die Schuldenbremse schafft Abhilfe.**

Die hohen Defizite haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Schulden innert weniger Jahre stark angestiegen sind: Der derzeitige Schuldenstand beträgt mehr als 100 Milliarden Franken und die Zinszahlungen belaufen sich jährlich auf rund vier Milliarden Franken.

## Geeignetes Instrument

Die Bundesfinanzen sind zwar heute dank der gegenwärtigen guten Wirtschaftslage und Sparanstrengungen wieder einigermaßen im Lot. Gerade in guten Zeiten darf man sich von kurzfristigem Erfolg aber nicht blen-

den lassen: Es muss etwas auf die hohe Kante gelegt werden, damit in schlechten Zeiten darauf zurückgegriffen werden kann. Gemäss Bundesfinanzplan ist aber das überproportionale Wachstum der Ausgaben besorgniserregend. Die Schuldenbremse ist das einzig richtige Instrument, um diesen schlechten Aussichten entgegenzutreten. Nur so können drohende Milliardendefizite verhindert werden.

## Versuchungen widerstehen

Seit der Bekanntgabe des guten Rechnungsergebnisses des Bundes für das Jahr 2000 deutet einiges darauf hin, dass wir daran sind, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen: Bereits keimen wieder Begehrlichkeiten auf, die neue Verpflichtungen zur Folge haben und das Gleichgewicht der Finanzen gefähr-

den. Die Schuldenbremse ist eine Hilfe, diesen Versuchungen widerstehen zu können.

## Nicht mehr ausgeben als einnehmen

Die Schuldenbremse schreibt mit einer einfachen Formel vor, dass der Bund mittelfristig nicht mehr ausgeben darf als er einnimmt. Sie ist ein wichtiges Instrument, um bei den Bundesfinanzen die notwendige Disziplin zu gewährleisten, um den Anstieg der Verschuldung zu begrenzen und um eine aktive Steuerpolitik zu betreiben. Dies ist wichtig für die Zukunft unseres Landes, denn ein über seine Verhältnisse lebender Staat vererbt kommenden Generationen einen Schuldenberg. Gleichzeitig macht die Schuldenbremse den Standort Schweiz attraktiver.

# Klare Ablehnung der beiden GSoA-Initiativen

## Volksinitiative «für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee»

In den letzten zwölf Jahren hat das Volk schon fünf Initiativen der Linken abgelehnt, die alle die Sicherheit und Abwehrbereitschaft der Schweiz schwächen wollten. *economiesuisse* betrachtet es als «Zwängerei», die Stimmbürger ein weiteres Mal zum Thema «Armeeabschaffung» an die Urne zu bemühen.

Wenn es nach dem Willen der Initianten ginge, würde laut der Armeeabschaffungs-Initiative II ein Artikel 17, Absatz 1 mit folgendem Wortlaut in die Bundesverfassung aufgenommen: «Die Schweiz hat keine Armee.» Sofort würden alle Ausbildungskurse gestrichen. Bund, Kantonen, Gemeinden und Privaten wäre es verboten, militärische Streitkräfte zu halten. Geräte und Einrichtungen müssten innerhalb von zehn Jahren einer

zivilen Nutzung zugeführt und sonst vernichtet werden. In der Folge wäre mit rund 20'000 Entlassungen auf Bundes- und Kantonsebene sowie in armeerelevanten Betrieben zu rechnen. Die Abschaffung der Armee würde nicht nur die nationale, sondern auch die wirtschaftliche Sicherheit in Frage stellen: Der Ruf als stabiler Wirtschaftsstandort wäre gefährdet.

## Volksinitiative «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst»

Am gleichen Tag hat das Volk über den freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD) zu befinden. Laut GSoA soll dieser ZFD im Inland und Ausland dazu beitragen, Gewaltverhältnisse abzubauen sowie deren Neuentstehung zu verhindern. Dazu entwickelt er Massnahmen für die Früherkennung und Prävention von Gewaltpotenzia-

len zur friedlichen Beilegung gewalttätiger Auseinandersetzungen. Die Teilnahme am Zivilen Friedensdienst ist freiwillig, eine Grundausbildung steht allen Bürgern «guten Willens» offen, eine geschlechterparitätische Beteiligung soll angestrebt werden. Alle anfallenden Kosten trägt der Staat.

Diese Initiative erachtet *economiesuisse* als gefährlicher, weil sie gewisse Ziele der Aussen- und Sicherheitspolitik aufnimmt und diese nicht allzu radikal wirken. Sie ist abzulehnen, weil sie für den Bund unkontrollierbare Kosten zur Folge hätte, sich im Inland grosse Abgrenzungsprobleme zu Polizeiaufgaben stellen würden und sich im aussenpolitischen Bereich für die Schweiz als neutrales Land kaum lösbare Probleme bei der Konfliktprävention und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ergeben könnten.

## Auf einen Blick

### Abstimmungsparolen *economiesuisse*

Initiative für eine Kapitalgewinnsteuer	NEIN
Schuldenbremse	JA
Initiative AHV-Energie-Arbeit	NEIN
Initiative für eine Schweiz ohne Armee	NEIN
Friedensdienstinitiative	NEIN

## Schweizer Wirtschaft lehnt die Protokolle zur Alpenkonvention ab

*economiesuisse* und der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) lehnen die neun Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention definitiv ab. Sie appellieren dringend an die eidgenössischen Räte, die Ratifizierung zu verweigern. Auf dem Spiel steht die wirtschaftliche Entwicklung von mehr als 60 Prozent des schweizerischen Staatsgebietes.

Die Wirtschaftsspitzenverbände haben seit gut zehn Jahren nicht aufgehört, die Bundesbehörden auf die wirtschaftsfeindlichen Folgen der Protokolle aufmerksam zu machen. Den gleichen Standpunkt teilen auch einige Bundesratsparteien sowie die Regierung mehrerer Alpenkantone.

*economiesuisse* und der SGV wenden sich allein gegen die Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention, nicht aber gegen die Konvention an sich, die vom Bundesparlament bereits ratifiziert worden ist. Beide Verbände stehen zum Schutz des Alpenraumes auf der Grundlage der heutigen internationalen Vereinbarung und insbesondere des bilateralen Landverkehrsabkommens, das ab 2005 Freiheit im Schwerverkehr und freie Wahl der Transportmittel vorsieht.

Die Schweiz nimmt weltweit eine führende Stellung im Umweltschutz ein. Das Schweizer Volk hat sich bis in die jüngste Zeit hinein an der Urne stets unmissverständlich gegen eine Neuorientierung in der Energie- und Umweltpolitik ausgesprochen. Es geht deshalb nicht an, dass irgendwelche internationalen, rechtlich nicht legitimierte Protokolle die Grundsätze der schweizerischen Politik bestimmen.



# Schweizer Klimapolitik international abstützen

**economiesuisse begrüsst grundsätzlich die von Bundespräsident Leuenberger angekündigte Aufnahme des Ratifikationsprozesses des Kyoto-Protokolls in der Schweiz.**

Parallel zur Ratifikation ist sicherzustellen, dass sich die Implementierung der flexiblen Mechanismen und die Handhabung der CO<sub>2</sub>-Senken in der Schweiz ebenfalls an den internationalen Vorgaben orientieren. Damit das Kyoto-Protokoll in Kraft treten kann, müssen mindestens 55 Länder sowie Länder, welche 55 Prozent der Emissionen der Industrieländer repräsentieren, das Protokoll ratifiziert haben. Nur ein interna-

tionaler Rahmen für den Klimaschutz schafft gleiche Wettbewerbsbedingungen und die nötige Rechtssicherheit. Dies sind Voraussetzungen, damit die Wirtschaft weltweit und im breiten Rahmen der grossen Herausforderung des Klimawandels erfolgreich begegnen kann.

Die flexiblen Mechanismen im Rahmen des CO<sub>2</sub>-Gesetzes müssen deshalb anhand der internationalen Vorgaben zügig implementiert werden. Ein schweizerischer Alleingang bezüglich einer quantifizierten Einschränkung der Anrechenbarkeit von Klimaschutzprojekten im Ausland (Supplementarity) ist nicht akzeptabel. Schweizer Unternehmen müssen die flexiblen

Mechanismen im gleichen Umfang nutzen können wie ihre ausländischen Konkurrenten.

Das Kyoto-Protokoll erlaubt auch die Anrechenbarkeit von CO<sub>2</sub>-Senken (z.B. Wälder, die Kohlendioxid der Atmosphäre entziehen). Vor einer schweizerischen Ratifizierung des Kyoto-Protokolls müssen deshalb die Eckpunkte der nationalen Handhabung der CO<sub>2</sub>-Senken geklärt werden. Dazu bedarf es der seit längerem geforderten (und inzwischen angelaufenen) Arbeiten zur wissenschaftlichen Abklärung über das Potenzial sowie der Chancen und Risiken von Senken für die schweizerische Klima-, Land- und Forstwirtschaftspolitik.

## Impulsprogramm CH21 machte in Lausanne Station

**Das Impulsprogramm CH21 zur Förderung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien machte am 15. Oktober in der Westschweiz Station.**

Rund 80 Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Bildungswesen trafen sich zu diesem Anlass in Lausanne, wo sie ein reichhaltiges Programm mit vier Referaten am Morgen und vier Workshops am Nachmittag erwartete. Die Teilneh-

mer konnten sich dabei mit dem Genfer Projekt für die elektronische Abstimmung vertraut machen, das von Kanzler Robert Hensler vorgestellt wurde. Fabrizio Gagliardi brachte ihnen das Projekt Datagrid näher. Es handelt sich dabei um die Vernetzung der Rechenkapazitäten von Tausenden von Computern durch CERN. Professor Francis Waldvogel, Präsident der eidgenössischen technischen Hochschulen, zeigte auf, welche Anstrengungen

der Bund unternimmt. Der Unternehmer André Kudelski erläuterte schliesslich die Impulse, die von der Wirtschaft ausgehen.

CH21, eine ursprünglich private nationale Initiative, zielt auf die Förderung neuer Technologien ab. Es geht dabei nicht darum, die bereits hohe Zahl der PCs pro Einwohner noch weiter zu erhöhen, sondern vielmehr darum, richtige Anwendungs- und Lernprogramme zu entwickeln.

## Postliberalisierung in der Europäischen Union

**Eher überraschend haben sich die EU-Telekommunikationsminister in Luxemburg auf weitere Schritte zur Öffnung der Postmärkte bis 2006 geeinigt. Die Situation schien blockiert. Nun ist aber ein Zeichen in Richtung vollständige Liberalisierung und mehr Wettbewerb für private Post- und Kurierdienste in Europa gemacht.**

Per 1. 1. 2003 soll in einem ersten Schritt die Monopolgrenze von 350 g auf 100 g für Inlandsendungen und grenzüberschreitende eingeschriebene Sendungen herabgesetzt werden. In einem zweiten Schritt soll per 1. 1. 2006 diese Gewichtslimite auf 50 g herabgesetzt werden. Abgehende Auslandsendungen

sollen bereits ab 2003 voll liberalisiert werden. Zudem werden alle Anbieter von Postdienstleistungen zur Finanzierung eines «Ausgleichsfonds» herangezogen.

Damit soll der flächendeckende Universaldienst garantiert werden. Der Ausgleichsfonds ist in erster Linie eine politische Konzession an das Europäische Parlament. Dort hat der Widerstand gegen eine Marktöffnung Tradition. Viele Europaabgeordneten vor allem aus den südlichen EU-Mitgliedsländern fürchten um den Abbau des Service public in dünn besiedelten und damit für kommerzielle Postdienste nicht interessanten Gebieten.

Wie es mit der Marktöffnung nach 2006 weitergehen wird,

bleibt vorerst offen. EU-Binnenmarktkommissar Bolkestein hat in Luxemburg den Auftrag bekommen, die Situation 2007 «grundsätzlich neu zu prüfen». Auf der Grundlage dieses Berichtes wird die Kommission dann einen neuen Vorschlag vorlegen. Dieser würde «gegebenfalls die vollständige Verwirklichung des Postbinnenmarktes per 2009 bestätigen, sofern keine negativen Folgen für die Bereitstellung der Universaldienste auftreten.»

Einer der mächtigsten Gegner einer echten Liberalisierung der EU-Postmärkte ist Frankreich. Die Sorge um die Absicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist dort besonders gross.

### Tagungen

#### Fachhochschulen und KMU: Know-how-Transfer

**29. November 2001, Technopark Zürich**

Die Fachhochschulen sollen gemäss gesetzlichem Auftrag zu wichtigen Partnern der Schweizer KMU werden. Besonders die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung der Ingenieur- und höheren Wirtschaftsschulen soll einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft leisten.

#### Wichtige Rolle der Fachhochschulen

Die Wirtschaft und insbesondere die KMU sind heute mehr denn je auf erstklassig ausgebildete, leistungsfähige und motivierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen angewiesen. Die Fachhochschulen stellen dabei ein wichtiges Reservoir dar.

Die Tagung mit namhaften Referenten wird gemeinsam von economiesuisse und Technopark Zürich organisiert und richtet sich an Exponenten der Wirtschaft, insbesondere der KMU, Vertreter der Politik, Bildungspolitiker und Medienschaffende. Anmeldungen bis spätestens 20. November 2001.

 [www.senarclens.com](http://www.senarclens.com)  
[www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)

#### Winnerstrategien im Corporate Management

**Wirtschaftszyklen und gesellschaftliche Trends als Basis – 31. Januar 2002, Technopark Zürich**

Anfang nächstes Jahr findet im Technopark Zürich eine Tagung statt, die sich mit den Auswirkungen der Konjunkturzyklen und den demographischen Faktoren auf das Wirtschaftsgeschehen auseinandersetzt. Referenten sind unter anderem der bekannte Zukunftsforscher und Buchautor Dr. Leo Nefiodow, der Publizist und Wirtschaftskenner Dr. Beat Kappeler und der Leiter Forschung und Entwicklung Hilti AG, Dr. Albert Esser.

 [www.technopark.ch](http://www.technopark.ch)  
[www.senarclens.com](http://www.senarclens.com)

# Der persönliche Kontakt geht über alles

Rolf W. Schweizer ist Präsident von Clariant International und ein viel beschäftigter Mann. Internet und E-Mail sind aus der heutigen Geschäftswelt nicht mehr wegzudenken. Das gilt natürlich auch für den Präsidenten von Clariant. Der benutzt die neuen Kommunikationsmittel geschäftlich selber nur, wenn nicht anders möglich. In der Regel übernimmt das Hantieren mit E-Mail und Internet seine Sekretärin. Rolf W. Schweizer kommuniziert nämlich wenn immer möglich am liebsten mündlich. Einen Einfluss der neuen Kommunikationsmittel

[www.clariant.com](http://www.clariant.com)

auf sein Informations- und Führungsverhalten sieht Schweizer keinen, es sei denn als Gegengewicht zur «inflationistischen» Papierflut. Praktisch ist das Internet vor allem dann, wenn es



Rolf W. Schweizer, Präsident Clariant International, Mitglied Vorstands-ausschuss economiesuisse

gilt, rasch den Geschäftsbericht eines Unternehmens zu erhalten. Dem Präsidenten von Clariant ist und bleibt der menschliche Kontakt äusserst wichtig, und es liegt ihm daran, die direkte mündliche Auseinandersetzung zu fördern – trotz oder gerade wegen der neuen Kommunikationsmittel.

## Vernehmlassungen

### 15. November 2001

Vernehmlassungsverfahren zur Verordnung über das Gewerbe der Reisenden  
*Kontakt:* thomas.pletscher@economiesuisse.ch

Entwurf zur Teilrevision des Bundesgesetzes über den Datenschutz (DSG)

*Kontakt:* thomas.pletscher@economiesuisse.ch

### 19. November 2001

Vernehmlassung zum Vorentwurf: Parlamentarische Initiative Altlasten. Untersuchungskosten (Baumberger).

*Kontakt:* rene.buholzer@economiesuisse.ch

Förderung der Glaubwürdigkeit von Labelssystemen: durch Zertifizierung oder durch Beschreibung und Beurteilung?

*Kontakt:* rene.buholzer@economiesuisse.ch

### 25. November 2001

Elektrizitätsmarktverordnung  
*Kontakt:* florent.roduit@economiesuisse.ch

### 12. Dezember 2001

Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über die Kontrolle der technischen Sicherheit (BGTS)/Schaffung einer Sicherheitsagentur (Leuenberger)

*Kontakt:* gregor.kuendig@economiesuisse.ch

### 15. Dezember 2001

Vernehmlassungsverfahren über die Vorentwürfe zu einer Schweizerischen Strafprozessordnung und einem Schweizerischen Jugendstrafverfahren

*Kontakt:* thomas.pletscher@economiesuisse.ch

Neuer Hochschulartikel in der Bundesverfassung

*Kontakt:* rudolf.walser@economiesuisse.ch

### Ende 2001

Weiterentwicklung der Agrarpolitik (Agrarpolitik 2007): Vernehmlassungsverfahren  
*Kontakt:* thomas.pletscher@economiesuisse.ch

### 8. Januar 2002

Die neue Finanzordnung  
*Kontakt:* pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

### 10. Januar 2002

Vernehmlassung zum Vorentwurf für ein Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Sprachengesetz, SpG)  
*Kontakt:* thomas.pletscher@economiesuisse.ch



Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei economiesuisse anfordern.

## Dokumentation

- **«Kapitalgewinnsteuer»**  
Facts der Wirtschaft Nr. 24, Broschüre. Gratis.
- **«Energie statt Arbeit besteuern»**  
Argumentarium. Gratis.
- **«Beitritt der Schweiz zur UNO»**  
Broschüre, Argumentarium. Gratis.
- **«Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2001»**  
Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter. Gratis.
- **«Europa – Optionen und Hausaufgaben»**  
Broschüre, 48 Seiten. Gratis.
- **«Steuerkonzept»**  
Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.–.
- **«E-Mail-Service»**  
Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.
- **«Facts der Wirtschaft»**  
Abstimmungs-Magazin für Opinion-Leader, Medien, Wirtschaftsvertreter und Öffentlichkeit. Abonnement, 4–5 Mal jährlich. Gratis.
- **«Dossier Politik, Pressedienst»**  
Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.
- **«Newsletter»**  
Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement. Gratis.
- **Portrait economiesuisse**  
Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele sowie Organisation des Verbandes. Gratis.

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34

<input type="checkbox"/> Bestellung	<input type="checkbox"/> Adressänderung	Firma _____
Name _____		Strasse _____
Vorname _____		PLZ/Ort _____
Funktion _____		E-Mail _____

## Impressum

**Herausgeber:**  
economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen

**Verantwortliche Redaktion:**  
Regina Hunziker-Blum

**Adresse:** Hegibachstrasse 47  
Postfach, 8032 Zürich  
Tel. 01/421 35 35, Fax 01/421 34 34

**E-Mail:**  
regina.hunziker@economiesuisse.ch

**Web:** www.economiesuisse.ch

**Adressänderungen:**  
marianne.baer@economiesuisse.ch

**Erscheinungsweise:** monatlich

**Gestaltung:**  
Layout 88 GmbH, 8008 Zürich

**Druckvorstufe und Druck:**  
Druckerei Kocherhans AG  
8008 Zürich